

Rede von Dr. Bärbel Kofler, MdB am 11.11.2010 zum Regierungsantrag „Bildung in Entwicklungs- und Schwellenländern stärken-Bildungsmaßnahmen anpassen und wirksamer gestalten.“ (Bundestag-Drucksache 17/2134)

Sehr geehrte Frau Präsidentin/ Sehr geehrter Herr Präsident,

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

den heute vorliegenden Bildungsantrag der schwarz-gelben Koalition mit dem schönen Titel „ Bildung in Entwicklungs- und Schwellenländern stärken- Bildungsmaßnahmen anpassen und wirksamer gestalten“ habe ich mir sorgfältig durchgelesen und mit dem entwicklungspolitischen Bildungsantrag verglichen, der vor zwei Jahren in der großen Koalition geschrieben wurde.

Ich möchte mein Fazit gleich voranstellen: Der alte Antrag war und ist gut und der jetzt vorliegende schwarz-gelbe Bildungsantrag ein Rückschritt für die Erreichung des Millenniumsziels 2 „Bildung für Alle“. Denn Bildung ist ein Menschenrecht und Voraussetzung für die Bekämpfung globaler Armut. Diesem Ziel aber wird der schwarz-gelbe Bildungsantrag nicht gerecht.

Die SPD forderte damals wie heute, Bildung, insbesondere Grundbildung und Weiterbildung, als Schwerpunktbereich der deutschen EZ auszubauen, die Fast-Track-Initiative mit ihrem Ziel „Bildung für Alle“ finanziell und organisatorisch zu fördern, Grundbildung zu verstärken, und insbesondere dazu beizutragen, dass die Qualität des Unterrichts verbessert wird. Das heißt, es muss in die Lehrerausbildung und -bezahlung investiert werden. Besonders wichtig ist uns Sozialdemokraten, dass Bildung kostenfrei zur Verfügung steht.

Diese Kernforderungen waren Beschlusslage des 16. Deutschen Bundestags und Leitlinie guter Bildungszusammenarbeit der deutschen Entwicklungspolitik. Und das wären sie auch besser geblieben. Denn dem neue Antrag fehlt es an einer klarer Linie, das einzige was klar wird ist, das Grundbildung zu kurz kommt.

Im Einleitungstext des schwarz-gelben Antrags ist zwar von der Wichtigkeit der Primarschulbildung die Rede -soweit kann ich zustimmen- und zu Recht weist der Antrag darauf hin, dass es in den vergangenen Jahren eine Verbesserung im Bereich des Millenniumsziels 2 gab.

Enttäuscht hat mich beim Weiterlesen dann aber der Forderungskatalog des schwarz-gelben Bildungsantrags:

Der Antrag enthält 44 Forderungen an die Bundesregierung und nicht in einer dieser Forderung wird das Wort „Grundbildung“ genannt.

Überhaupt stellen die Forderungen eine wilde Ideensammlung dar, aus der keine klare Linie für die Bildungszusammenarbeit erkennbar wird. Ein schlüssiges Konzept, wie das Millenniumsziel 2 „Bildung für Alle“ zu erreichen ist, ergibt sich aus diesem „Strauß Buntes“ nicht! Offensichtlich soll sich jeder aus diesem Forderungskatalog seine Lieblingsforderung selber herausuchen. In jeden Fall- Es ist für alle etwas da!

Aus der öffentlichen Anhörung unseres entwicklungspolitischen Ausschusses zu den Millenniumszielen im Juni diesen Jahres ist mir ein Kernsatz der Bildungsexpertin Frau Assibi Napoe,

der Vorsitzende der Global Campaign for Education, in deutlicher Erinnerung geblieben. Sie sagte sehr eindringlich, dass Bildung öffentlich und kostenlos sein muss.

Damit stimmt die SPD überein, denn Bildung ist staatliche Aufgabe und muss ohne Gebühren zugänglich sein. Nur so erreicht Bildung alle Menschen und jedes Kind. Nur so wird Bildung zu einer Chance für jeden in einer Gesellschaft und hilft dem einzelnen, sich vor Armut zu schützen. Grundbildung ist dabei nicht alles, aber alles ist nichts ohne Grundbildung.

Schaue ich mir jetzt die einzelnen Forderungen von Schwarz-Gelb im vorliegenden Antrag nochmal an, heißt es da in Forderung 28, „Bestrebungen von privatwirtschaftlichen Institutionen im Bereich der beruflichen Bildung weiter ausbauen und fördern“; oder bei Forderung 32 „... das Netzwerk und die Erfahrung der deutschen Auslandsschulen und des Goethe-Instituts nutzen und einbeziehen“.

Weiter wird der „Aufbau von Alumni-Netzwerken“ gefordert, „der Aufbau von Berufsakademien im Rahmen von PPP-Projekten“ sowie der „Ausbau von Möglichkeiten des E-Learnings“. Das ist ja ganz nett, aber es kommt darauf an, staatliche Strukturen und Bildungsangebote in den Entwicklungsländern zu stärken.

Die SPD hat sich schon immer für Grundbildung und auch Weiterbildung eingesetzt. Dies umfasst sowohl die frühkindliche Bildung als auch die Primarschulbildung und Angebote der beruflichen Bildung bis hin zur Hochschulbildung. Es bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes.

Aber erst umfassende Grundbildung, die für alle zugänglich ist, gewährleistet, dass auch weiterführende Bildung in Entwicklungsländern für jeden erreichbar ist und zur Chance wird. Sonst wird Weiterbildung zum Exklusivangebot für Privilegierte, die sich Grundbildung kaufen können. Unsere staatlichen Entwicklungsgelder sollen aber bei den Armen und weniger Privilegierten ankommen und nicht zur Elitenförderung verwendet werden. Der schwarz-gelbe Bildungsantrag verfehlt dieses Ziel.

Es gibt allerdings eine Forderung aus dem schwarz-gelben Antrag, die ich in diesem Zusammenhang doch für sehr wichtig halte, und zwar gerade um „Bildung für Alle“ zu erreichen. In Forderung 9 heißt es: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich aktiv an der Reform der Fast-Track-Initiative zu beteiligen!“

Die Fast-Track-Initiative will das Millenniumsziel 2 „Bildung für Alle“ umsetzen. Sie hat bisher gute Fortschritte im Bereich der Grundbildung gemacht. Die multilaterale Initiative hat also den richtigen Ansatzpunkt. Allerdings hemmen bürokratische Hindernisse und Konditionalitäten der Weltbank derzeit den Erfolg der Fast-Track-Initiative. Hier muss sich Minister Niebel tatsächlich verstärkt dafür einsetzen, dass die Reform vorangeht, damit die Mittelvergabe zügiger wird.

Um Mittel zu vergeben, müssen aber auch Mittel vorhanden sein.

Bisher ist es nicht gelungen, im angestrebten Ausmaß Mittel für den Catalytic Fund, dem zentralen Topf der Fast-Track-Initiative, zu generieren und mehr Geber einzubinden.

Und auch hier muss die schwarz-gelbe Regierung nachlegen. Im Haushaltsjahr 2010 wurden 6,8 Millionen US Dollar für den Catalytic Fund eingestellte, noch im Jahr 2009 waren es 7,4 Millionen US Dollar.

Deutschland ist damit auf Platz 12 von 18 Gebern. Eine Vorreiterrolle im Bereich der Bildung, insbesondere Grundbildung, lässt sich daran nicht festmachen.

Dabei hatte Minister Niebel noch vor einem Jahr in seiner Amtsantrittsrede die Förderung der Bildung zum Schwerpunkt seiner Arbeit erklärt. Ich darf wörtlich zitieren: „Die Förderung der Grundbildung und Weiterbildung sind für uns ebenso wichtig, denn Armut und Bildungsarmut sind zwei Seiten derselben Medaille.“

Auch in seiner Jahresbilanz vom Oktober diesen Jahres betonte Minister Niebel wieder: „Wir konzentrieren uns auf Schlüssel-sektoren wie Bildung, ländliche Entwicklung, gute Regierungs-führung und Gesundheit und setzen dort gezielt Mittel in innovativen Ansätzen ein.“

Allerdings ist die Schwerpunktsetzung auf Bildung bisher weder konzeptionell noch finanziell erkennbar.

Minister Niebel hat zwar ein neues Sektorkonzept Bildung für Februar 2011 in Aussicht gestellt, jedoch hat die Unterrichtung des BMZ im Ausschuss vom 27. Oktober kein Licht ins Dunkel gebracht.

Bisher hat keiner auch nur einen Entwurf des Konzepts gesehen und in der Unterrichtung blieb unklar, wo der inhaltlich Schwerpunkt des Konzepts liegen soll. Gestern in der Fragestunde im Plenum blieb auch Frau Kopp mir eine klare Antwort zu den Inhalten des Bildungskonzepts schuldig. Vielmehr sprach Frau Kopp von der Wichtigkeit der staatlichen Grundbildung und von Erwachsenenbildung, von der Qualität der Bildung und der beruflichen Weiterbildung in der Entwicklungszusammenarbeit.

Mir kam es vor, als würde Frau Kopp gute sozialdemokratische Bildungsarbeit beschreiben. Freuen würde es mich, wenn das alles im neuen Bildungskonzept von Minister Niebel steht, nur neu ist es halt nicht.

Neu ist allerdings seit Amtsantritt von Minister Niebel, dass das Freiwilligenprogramm „weltwärts“ weniger Mittel als geplant erhält. Vollkommen unklar ist, warum es zu diesen Kürzungen kam. Offensichtlich hat Minister Niebel nicht verstanden, dass auch der Freiwilligendienst „weltwärts“ einen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildung leistet.

Warum sonst würde er diesen guten Freiwilligendienst seit seinem Amtsantritt kaputtsparen, während er andererseits Bildung als Schwerpunktthema seiner Entwicklungspolitik ankündigt? Auch der schwarz-gelbe Bildungsantrag beinhaltet keine Forderung zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Deutschland, dabei gilt der Lerndienst „weltwärts“ heute unter Entwicklungsexperten als unverzichtbarer Teil einer solchen politischen Bildungsarbeit.

Denn das Konzept von weltwärts geht auf: Junge Menschen werden in Partnerorganisationen in Entwicklungsländer integriert und lernen dort die Arbeit im Kampf gegen Hunger und Armut hautnah kennen. Eine solche Erfahrung schärft das Bewusstsein für globale Verantwortung und weltweite Solidarität sowie für Zukunftsfragen und bürgerschaftliches Engagement in Deutschland.

Das im Jahr 2007 ins Leben gerufene entwicklungspolitische Freiwilligenprogramm weltwärts hat bisher großen Anklang bei jungen Menschen gefunden und wird von deutschen Entsendeorganisationen gelobt.

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat bereits für das laufende Haushaltsjahr 2010 den weltwärts-Etat um 10 Millionen Euro geringer angesetzt, als 2009 geplant.

Auch für das Jahr 2011 wird diese Kürzung fortgesetzt. Das hat schwere Konsequenzen für die deutschen Entsendeorganisationen und hat bereits in diesem Jahr dazu geführt, dass viele interessierte junge Menschen nicht weltwärts gehen konnten. Die kurzfristige Ankündigung von Kürzungen rief bei den Entsendeorganisationen allgemeines Unverständnis hervor, zumal die Jugendlichen bereits ein Jahr vor der Entsendung mit Schulungen auf ihr Weltwärtsjahr vorbereitet werden.

Zwar hat Minister Niebel noch im Mai und sogar Juni diesen Jahres betont, dass kein Jugendlicher weniger entsendet wird, nur weil es am Geld fehle. Wie ich jetzt von Entsendeorganisationen hörte, hat Minister Niebel aber auch diese Versprechen gebrochen.

Beispielsweise hat das Welthaus in Bielefeld im April diesen Jahres den Bescheid des BMZ erhalten, dass von ihren 67 Jugendlichen, die bereits auf die Entsendung vorbereitet waren und unter Vertrag standen, nur 44 Freiwillige entsendet werden könnten, also de facto eine Kürzung von 67 auf 44 vorgenommen werden müsste. Mit gleichem Schreiben wurde mitgeteilt, dass der maximale Barmittelbetrag für das Welthaus Bielefeld im Jahre 2010 156.640,00 € betrage und nicht überschritten werden dürfe.

Zu Recht fragte das Welthaus Bielefeld nun: Wie sollen wir 23 jungen Leuten, die sich intensiv auf das Jahr vorbereitet haben, und unseren Partnern mitteilen, dass es leider nichts mit dem weltwärts-Jahr wird?

Aus der Not geboren hat das Welthaus Bielefeld die Entsendung dieser 23 Jugendlichen dann selber bezahlt, vorfinanziert aus dem weltwärts-Etat für das Jahr 2011. Das heißt aber nun, dass nächstes Jahr weniger Jugendliche über das Welthaus entsendet werden können. Nach eigenen Schätzungen spricht das Welthaus von noch 80 Prozent im Vergleich zum jetzigen Jahrgang.

Das Freiwilligenprogramm weltwärts wird in diesem Jahr evaluiert, so war es seit Programmstart geplant. Die Ergebnisse der Evaluation sollen im Frühjahr 2011 vorgestellt werden. Aber noch vor der Evaluierung des weltwärts-Programms wurde durch die Mittelkürzung der dynamische Aufbau des neuen Freiwilligendienstes gedrosselt. Bevor eine Bewertung des weltwärts-Programms vorliegt, wird das Programm von Schwarz-Gelb kaputt gekürzt. Das ist inakzeptabel!

Abschließend kann ich nur sagen: Die schwarz-gelbe Regierung setzt für das wichtige Thema der Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit keine neuen Impulse. Der heute beschlossene Koalitionsantrag bietet für eine nachhaltige und umfassende Bildungsarbeit in Entwicklungsländern keine solide Grundlage.